

Niederlande: Serie von Anschlägen nach Mord an Filmemacher

Nach dem Mord an dem Filmemacher Theo van Gogh durch einen islamistischen Extremisten ist es in den Niederlanden zu einer Reihe von Anschlägen gegen muslimische und christliche Einrichtungen gekommen. Die Regierung will jetzt das Ausländerrecht verschärfen, gleichzeitig jedoch die Ausgrenzung der Muslime verhindern.

Anfang November ermordete ein 26-jähriger Islamist den Filmemacher Theo van Gogh auf offener Straße in Amsterdam. Der Urgroßneffe des berühmten Malers Vincent van Gogh war bekannt dafür, den Islam pro-

Zuwanderer für die wirtschaftliche Krise verantwortlich machen, ist ein Indiz hierfür. Der Mord an Parteigründer Pim Fortuyn im Mai 2002 führte zu einer weiteren Polarisierung der niederländischen Gesellschaft. Die Regierung reagierte Anfang 2004 mit einer Verschärfung des Ausländer- und Asylrechts (vgl. MuB 2/04).

Der Mord an van Gogh löste in den Niederlanden eine Welle von Gewalt sowohl gegen islamische als auch gegen christliche Einrichtungen aus. In verschiedenen Städten des Landes kam es zu Sachbeschädigungen durch Anschläge gegen 15 Moscheen und Koranschulen. Mehrere Kirchen wurden ebenfalls zum Ziel von Anschlägen. Die Polizei nahm eine Reihe von Personen fest.

Nach dem Mord und den darauf folgenden Anschlägen kam es zu mehreren Protestaktionen gegen die Gewalt auf beiden Seiten und für das Recht auf uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das in den Niederlanden traditionell einen sehr hohen Stellenwert hat. Die niederländische Regierung kündigte nach dem Attentat neue Maßnahmen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus an.

Vertreter muslimischer Organisationen befürchten eine Stigmatisierung ihrer Religionsgemeinschaft. „Seit dem 11. September 2001 spricht man nur noch schlecht von uns“, sagte Ahmed Larouz, Präsident einer Vereinigung marokkanischer Angestellter. „Die Marokkaner haben wegen der hohen Jugendkriminalität ohnehin schon ein schlechtes Image. Es ist nach dem Mord aber gefährlich, die ganze Gemeinschaft für die Handlung eines Einzelnen verantwortlich zu machen.“

Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de>
Weitere Informationen:
<http://www.migrationinformation.org/Profiles/display.cfm?ID=156>; <http://www.eu2004.nl>
http://www.government.nl/actueel/nieuwsarchief/2004/11November/10/0-42-1_42-50561.jsp

Muslimische Bevölkerung der Niederlande (Stand: 1.1.2004)

Gesamtbevölkerung : 16,3 Mio.
Ausländer und im Ausland Geborene: 3,08 Mio. (18,9%)
Personen muslimischer Konfession: 920.000 (5,7%)
Davon: 352.000 türk. und 306.000 marokkan. Abstammung
Nach Schätzungen des Geheimdienstes (AIVD):
47.000 radikale Muslime (5% aller Muslime);
100-200 aktive muslim. Extremisten (<0,1% aller Muslime)
Quelle: CBS (Nationales Statistisches Amt der Niederlande),
<http://www.cbs.nl>

erhalten, Personenschutz jedoch abgelehnt. Bei dem Täter handelt es sich um einen in den Niederlanden geborenen Sohn marokkanischer Einwanderer mit doppelter Staatsbürgerschaft. Der Täter wurde gemeinsam mit fünf weiteren mutmaßlichen Islamisten festgenommen.

Seit einigen Jahren ist in den Niederlanden eine Krise des bis in die 1990er Jahre als erfolgreich geltenden Integrationsmodells zu beobachten. Der Aufstieg rechts-populistischer Parteien, insbesondere der Liste Pim Fortuyn (LPF), die die

| Inhalt | |
|--|---|
| Niederlande: Serie von Anschlägen nach Mord an Filmemacher | 1 |
| Deutschland: Neue Integrationsdebatte | 1 |
| Kommentar | 2 |
| Deutschland: Zuwanderungsrat gibt Empfehlungen | 2 |
| Deutschland: Restriktivere Visa-Vergabe | 3 |
| EU: Grundprinzipien zur Integrationspolitik | 3 |
| Belgien / Italien: Verbot für islamische Burka | 4 |
| Kurzmeldungen – Deutschland | 4 |
| Hintergrund: Deutschlands geringe Fertilität im internationalen Vergleich | 4 |
| Kurzmeldungen – Europa | 5 |
| Literatur / Veranstaltungen | 5 |
| Kurzmeldungen – Welt | 6 |
| Zusätzlich in der Internetausgabe: (http://www.migration-info.de) | |
| Deutschland: Neue gesetzliche Regelungen gegen Menschenhandel | |
| EU: Das Haager Programm | |
| Belgien: Aus Vlaams Blok wird Vlaams Belang | |

Deutschland: Neue Integrationsdebatte

Mit einer Debatte um die Integration von Zuwanderern haben Deutschlands Politiker auf die Anschläge und religiösen Konflikte in den Niederlanden reagiert. Dort hatten nach der Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh durch einen Islamisten abwechselnd Kirchen und Moscheen gebrannt (siehe oben). Die veröffentlichte Predigt eines extremistischen Imams aus Berlin und ein Brandanschlag auf eine Moschee

in Baden-Württemberg führten auch hierzulande zu einer intensiven Debatte. In Köln demonstrierten am 21. November über 20.000 türkischstämmige Muslime für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen.

Den Streit zwischen Regierung und Opposition löste unter anderem eine antideutsche Predigt des Berliner Imams Yakup T. aus, die ein Fernsehsender heimlich aufgezeichnet hatte. Darin wurden Deutsche als „unnütze Ungläubige“ beschimpft, die unhygienisch seien und stänken. Daraufhin wurden Forderungen, wie die der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan (CDU) laut, Imame qua Gesetz nur noch auf Deutsch predigen zu lassen.

Zwar hatten alle Parteien eine Ausgrenzung von

Kommentar

Ist die multikulturelle Gesellschaft gescheitert? Brauchen wir eine neue „Leitkultur“? Wie differenziert man zwischen politischem Islamismus und Islam? Wann sind der Toleranz und dem Wertpluralismus in einer freiheitlichen Demokratie Grenzen zu setzen? Der Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo van Gogh durch einen muslimischen Extremisten hat die Risiken einer Einwanderungsgesellschaft in bisher ungekannter Schärfe auf die Tagesordnung gebracht - nicht nur in Holland. Die Zahl der Wortmeldungen, Kommentare und Vorschläge ist unüberschaubar. Die Debatte hat sich zugespitzt und zeigt die weit verzweigte Besetzung des Themas in allen Schichten der politischen Klasse und der Bevölkerung.

Starke Gefühle und zuweilen alarmistische Töne auf allen Seiten lenken von den wirklichen Problemen ab. Differenzierungen bleiben auf der Strecke. Die spezifisch deutschen Erfahrungen mit einer mörderischen Ideologie des Fremden- und Rassenhasses schwingen mit und belasten die Debatte zusätzlich. Richtig ist: Die herkömmlichen Annahmen des integrationspolitischen Diskurses müssen kritisch überprüft werden. Aber: Trotz vieler islamistischer Bäume sollte man nicht den (vielfältigen) integrationspolitischen Wald aus den Augen verlieren. Gemeint ist die Tatsache, dass Millionen Ausländer und Migranten der zweiten und dritten Generation in Deutschland friedlich leben, von denen inzwischen große Teile über einen gesicherten Rechtsstatus und im Vergleich zu ihren Herkunftsländern einen hohen Lebensstandard verfügen. Studien belegen, dass sich die Lebensverhältnisse der ausländischen Bevölkerung zwischen 1985 und 2000 messbar denen der Deutschen angenähert haben. Zahllose zivilgesellschaftliche, kommunale und staatliche Initiativen, inklusive vieler Selbstorganisationen der Migranten, sind täglich an der „Integrationsfront“ tätig – wenn auch häufig ohne abgesicherte Konzepte und Koordination. Hier müssen Standards entwickelt und die Förderpolitik neu geordnet werden.

Der politischen Bildung stellen sich angesichts der skizzierten Lage neue Aufgaben: Erstens muss ein professioneller Umgang mit den Herausforderungen von Einwanderung und Integration für Lehrer, Schüler und strategische Schlüsselgruppen der Mehrheitsgesellschaft, vom Polizisten bis zum Sozialarbeiter, eingeübt werden. Der hohe moralische Ton in der Vergangenheit hat einen nüchternen Blick auf die Probleme allzu oft verwehrt. Einwanderung und Integration müssen im europäischen Vergleich diskutiert werden. Zweitens müssen Migranten und ihre Organisationen zu Trägern politischer Bildung qualifiziert werden. Neben die intensive Auseinandersetzung mit totalitären Ausprägungen des Islams muss die Förderung der säkularen muslimischen Kräfte in Europa treten. Die derzeitige Wahrnehmungskrise muss zu einem Neubeginn im Integrationsdiskurs genutzt werden. *Christoph Müller-Hofstede, M.A., Bundeszentrale für politische Bildung*

klare Empfehlungen. Inzwischen wurde bekannt, dass dem Gremium für 2005 die Mittel gestrichen wurden (siehe Box, S. 3).

Das von der Bundesregierung beauftragte sechsköpfige Expertengremium unter Vorsitz von Rita Süssmuth (CDU) stellte seine Beurteilungen und Vorschläge in einem 480-seitigen Dokument vor. Danach steht

Ausländern abgelehnt, dennoch verschärfte sich die Diskussion. In der Union überwogen Vorschläge zu sanktionierenden Maßnahmen, etwa die Kürzung von Sozialleistungen für integrationsunwillige Ausländer. Ferner beriefen sich mehrere Unionspolitiker erneut auf eine „deutsche Leitkultur“. Der Begriff war 2002 vom damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz geprägt worden und selbst in den eigenen Reihen auf Kritik gestoßen.

Die Unionsparteien reichten Mitte November den Antrag „Politischen Islamismus bekämpfen - Verfassungstreue Muslime unterstützen“ im Bundestag ein. Darin wird u.a. gefordert, Islamisten konsequent die Einreise zu verweigern, Hassprediger auszuweisen und islamische Schulen stärker zu überwachen. CSU-Chef Edmund Stoiber rief dazu auf, die „christliche Prägung unseres Landes“ zu verteidigen. Zuwanderer seien ihrem Aufnahmeland gegenüber in der „Bringschuld“, die deutsche Sprache zu be-

herrschen und sich zu den Grundwerten der Gesellschaft zu bekennen. Der CSU-Parteitag am 20. November forderte einstimmig, Ausländern Sozialleistungen zu kürzen, wenn „Integrationserfolge ausbleiben“. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel bezeichnete die Idee einer multikulturellen deutschen Gesellschaft als „dramatisch gescheitert“. Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) forderte, Zuwanderer müssten die „deutsche Leitkultur“ übernehmen.

Für Innenminister Otto Schily (SPD) fördert das Erlernen der deutschen Sprache die Integration am besten. Im neuen Zuwanderungsgesetz mache der Staat dazu mit Sprach- und Integrationskursen umfassende Angebote. Der islamistische Terrorismus und radikale Imame müssten dagegen mit ganzer Kraft bekämpft werden, wie etwa im Fall Metin Kaplan (vgl. MuB 8/04). Den Begriff der Leitkultur lehnte Schily ab, auch die FDP distanzierte sich davon. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) warnte vor einem „Kampf der Kulturen“, die ethnische Vielfalt Deutschlands sei eine Tatsache, die sich nicht leugnen lasse. Doch müsse die Bundesrepublik vor Extremisten und Terrorismus verteidigt werden. „Dabei dürfen die vielen Muslime, die bei uns leben, nicht teilnahmslos beiseite stehen.“ Der Kanzler sprach sich außerdem für ein Kopftuchverbot an Schulen aus.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Krista Sager, warnte davor, die rund 3,5 Mio. Muslime in Deutschland „unter Generalverdacht“ zu stellen. Grünen-Parteichefin Claudia Roth sagte: „Der Islam ist nicht bloß als Gastarbeiterreligion zu tolerieren, sondern als Bestandteil unserer eigenen Kultur anzuerkennen.“

Mit einem Brandanschlag am 18. November auf eine Moschee im baden-württembergischen Sinsheim kam es auch in Deutschland zu einer islamfeindlichen Gewalttat. An dem Gebäude entstand ein Sachschaden von rund 10.000 Euro. *chw*

Die Langfassung dieses Artikels ist in der Online-Ausgabe veröffentlicht: <http://www.migration-info.de>

Weitere Informationen:

<http://www.integrationsbeauftragte.de;>

<http://www.diyenet.org;> <http://www.islam.de>

Deutschland: Zuwanderungsrat gibt Empfehlungen

Der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration hat Ende Oktober sein erstes Jahresgutachten vorgelegt. Darin begrüßte er den Beschluss des neuen Zuwanderungsgesetzes, in dem erstmals Zuwanderung und Integration gemeinsam geregelt werden, und formulierte

Deutschland vor zwei großen Aufgaben: Zum einen muss die Zuwanderung nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gesteuert werden. Zum anderen muss die Integration der bereits in Deutschland lebenden Migranten und ihrer Familien vorangetrieben und gefördert werden. Dabei müssen vor allem die Versäumnisse der Vergangenheit aufgeholt werden, so der Bericht.

In Deutschland entspricht die Wahrnehmung in der Bevölkerung oft nicht den Tatsachen: Entgegen der öffentlichen Meinung sinken beispielsweise die Zugangszahlen aus dem Ausland und die der Asylbewerber. Das Interesse an Einbürgerung und an Integration jedoch steigt.

Trotz hoher Arbeitslosigkeit und obwohl qualifizierte und hoch qualifizierte junge Arbeitskräfte Deutschland verlassen, „weil sie keine ihren Vorstellungen entsprechende Arbeitsstellen finden“, plädiert der Rat für eine gezielte und begrenzte Anwerbepolitik. Die Experten begrüßen daher die erleichterten Zuwanderungsmöglichkeiten für ausländische Fachkräfte im

Rahmen des Zuwanderungsgesetzes, kritisieren aber das prinzipielle Festhalten am Anwerbestopp von 1973.

Mittel für den Zuwanderungsrat gestrichen
Mitte November wurde bekannt, dass dem Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration für 2005 die Mittel gestrichen wurden. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss eine Kürzung des Jahresetats des Sachverständigenrats (1,125 Mio. Euro) um 545.000 Euro. Dabei handelt es sich um den Sachmittelletat. Da jedoch im Haushaltsgesetz ein Flexibilisierungsverbot enthalten ist, entspricht dies einer kompletten Mittelstreichung. Denn die verbleibenden 580.000 Euro (Personalausgaben) können nicht umgeschichtet werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hatte die Einrichtung des Zuwanderungsrates in ihrem Entwurf des Zuwanderungsgesetzes (20. Juni 2002) vorgesehen (§ 76). Nachdem das Bundesverfassungsgericht Mitte Dezember 2002 das Zustandekommen der Abstimmung im Bundesrat jedoch für verfassungswidrig erklärt hatte, wurde das Gesetz im Vermittlungsausschuss erneut verhandelt. Im Kompromiss zum Zuwanderungsgesetz (Juli 2004) wurde u.a. auch der Paragraph zum Zuwanderungsrat gestrichen.

Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) setzte den Sachverständigenrat im April 2003 ein. Die Mitglieder wurden für vier Jahre berufen. Das Expertengremium legte im Oktober 2004 sein erstes Jahresgutachten vor.

Der Zuwanderungsrat wurde nicht aufgelöst. Es ist jedoch unklar, ob und auf welche Weise die Arbeit im kommenden Jahr weitergeführt werden kann. Die Vorsitzende des Zuwanderungsrats Rita Süßmuth (CDU) sagte: „Wir sind bereit, ehrenamtlich weiterzumachen.“ *as*

gesetzte Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Dabei dürften die Integrationsmaßnahmen nicht nur

Der Zuwanderungsrat empfiehlt, jährlich 25.000 qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ausland anzuwerben. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) sagte dazu, diese Zahl müsse angesichts 4 Mio. Arbeitsloser „sehr sorgfältig“ geprüft werden und wies darauf hin, dass sich die Anwerbung „strikt am Bedarf orientieren“ müsse. Der Sachverständigenrat sei kein politisches Entscheidungsgremium, so Schily.

Integration müsse in Deutschland vor allem als wechselseitiger gesellschaftlicher Prozess von langer Dauer betrachtet werden und verlange aktive Anpassungs- und Akzeptanzleistungen, so der Rat. Ziel müsse es sein, „ein selbstbestimmtes Leben führen zu können und als zugehörig akzeptiert zu werden“. Dies sollte durch staatliche Förderung und

Neuzuwanderern zustehen, sondern müssten vor allem als nachträgliches Leistungsangebot für bereits im Land lebende Migranten angeboten werden. In diesem Zusammenhang begrüßte das Gremium die gesetzlich festgesetzten Integrationskurse.

Im Mittelpunkt der staatlichen Anstrengungen solle die Verbesserung der Bildungsintegration von Migrantenkindern stehen. Der Zuwanderungsrat fordert, besonders auf Mehrsprachigkeit bei Lehrern und Erziehern mit Migrationshintergrund zurückzugreifen. Die Experten lobten das Engagement der Bundesregierung zur Einführung der Ganztagschule und die durch das Zuwanderungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten ausländischer Studierender, in Deutschland einen Arbeitsplatz zu suchen.

Im Hinblick auf illegale Zuwanderung hält das Gremium fest: Sie kann nur dann langfristig unterbunden werden, „wenn es gelingt, auch die inländische Nachfrage nach illegaler Beschäftigung zu verringern“. Die Bekämpfung des Menschenhandels müsse als besondere politische Herausforderung begriffen werden (vgl. Online-Ausgabe).

Bei der Bewertung von Aufnahme- und Integrationskapazitäten sei es wichtig, dass die Kriminalitätsbelastungen sachlich und differenziert betrachtet werden. Der Zuwanderungsrat betont in seinem Bericht, dass kein direkter Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Terrorismus oder anderen Sicherheitsbedrohungen bestehe. Um die extremistischen Bestrebungen einer kleinen muslimischen Minderheit in Deutschland zu unterbinden, wäre es hilfreich, so der Zuwanderungsrat, „wenn die in Deutschland lebenden Muslime sich auf einen legitimierten zentralen Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft einigen würden oder – nach französischem Beispiel – einen aus verschiedenen Gruppen zusammengesetzten Rat bilden würden“. *Thomas Hummitzsch, Humboldt-Universität Berlin*

Weitere Informationen unter: <http://www.bamf.de>

Deutschland: Restriktivere Visa-Vergabe

In einem Erlass gegen den Missbrauch von Visa für die Einreise nach Deutschland hat das Auswärtige Amt (AA) strengere Regelungen angekündigt. Noch in diesem Jahr soll die neue Visa-Praxis greifen.

Wegen bekannt gewordener Missbrauchsfälle bei der Vergabe von Visa soll das Innenministerium eine Mitzuständigkeit erhalten. Bislang ist das AA allein zuständig. Bestehen künftig Zweifel über die Rückkehr eines Besuchers oder Sicherheitsbedenken, wird das Visum verweigert. Neu ist eine „Einladertage“, mit der Behörden herausfinden wollen, welche Firmen oder Einzelpersonen massenhaft Einladungen nach Deutschland ausstellen.

Trotz des Erlasses will die CDU/CSU-Opposition im Bundestag wegen verschiedener Korruptionsvorwürfe in deutschen Botschaften und Konsulaten einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Vergabe von Einreisevisa einsetzen. „Wir sind ein offenes Land und werden es auch bleiben. Aber wir geben kein Visum, wenn Missbrauchsgefahr besteht“, sagte der AA-

Staatssekretär Jürgen Chrobog.

Traditionell berücksichtigte das Auswärtige Amt Wirtschaftsinteressen, etwa bei einer schnellen Vergabe von Visa für Geschäftsreisende. Der „Volmer-Erlass“, benannt nach dem früheren Staatsminister Ludger Volmer (Bündnis 90/Die Grünen), hatte die Maxime festgelegt: Im Zweifel für die Reisefreiheit. Im neuen „Chrobog-Erlass“ ist nun die Sicherheit vorrangig.

Im Untersuchungsausschuss soll ab Januar 2005 geklärt werden, ob fahrlässige oder bestechliche Beamte möglicherweise Schwarzarbeit, Schleusertum, Prostitution oder terroristische Absichten begünstigt hätten, so die CDU/CSU-Fraktion. Eine stärkere Einbindung des Innenministeriums bei der Visa-Vergabe begrüßte die Union.

In den 190 deutschen Botschaften und Konsulaten weltweit gehen jährlich rund 3 Mio. Visa-Anträge ein. Im Jahr 2003 wurden 2,5 Mio. Visa erteilt (2002: 2,6 Mio.; 2001: 2,75 Mio.). *chw*

EU: Grundprinzipien zur Integrationspolitik

Auf einer Ratssitzung am 19. November in Brüssel einigten sich die Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedstaaten auf elf Grundprinzipien zur Integration von Zuwanderern.

Die Sitzung fand zwei Wochen nach dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs statt, die Asylpolitik bis zum Jahr 2010 zu vereinheitlichen (siehe Online-Ausgabe). Mit den von der niederländischen Ratspräsi-

denschaft vorgelegten Grundprinzipien (siehe Box) verpflichten sich die EU-Staaten zur Einhaltung von Mindeststandards der Integration von Zuwanderern,

sondern auch die einheimische Bevölkerung müsse Anstrengungen zur Integration unternehmen, heißt es weiter in den Grundprinzipien. Der Schlüssel für eine

Kurzmeldungen – Deutschland

Neuer Aussiedlerbeauftragter

Am 17. November wurde Hans-Peter Kemper (SPD) vom Bundeskabinett zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Kemper löst damit Jochen Welt (SPD) ab, der bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zum Landrat des Kreises Recklinghausen gewählt worden war. <http://www.aussiedlerbeauftragter.de>

Verurteilung wegen Tod eines Asylbewerbers
Die Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS), die Ende Mai 1999 den Tod des sudanesischen Asylbewerbers Aamir Ageeb bei dessen Abschiebung verursachten (vgl. MuB 5/99), wurden nun vom Landgericht Frankfurt/M. wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu je neun Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Ferner müssen die Beamten je 2.000 Euro an die Familie Ageebs zahlen. Die Verantwortung für den Tod sahen die Richter hauptsächlich in der BGS-Führung und verhängten deshalb per Ausnahmebestimmung eine Strafe unterhalb des Mindeststrafmaßes. <http://www.lg-frankfurt.justiz.hessen.de>

NPD/DVU: Unterschriftensammlung gegen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
Nachdem die CDU/CSU ihre anfänglichen Pläne zu einer Unterschriftensammlung gegen die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgegeben hat, haben die rechtsextremen Parteien NPD und DVU im November mit der Sammlung von Unterschriften begonnen.

Kaplan soll Sozialhilfe zurückzahlen
Metin Kaplan muss laut einem Urteil des Verwaltungsgerichts Köln (Az 5 K 4483/02) Sozialhilfe zurückzahlen. Die Stadt Köln darf von der Familie des Islamistenführers rund 170.000 Euro Sozialhilfe zurückfordern. Gegen elf Bescheide hatte Kaplan geklagt. Das Gericht entschied jetzt jedoch, dass die Familie nicht bedürftig gewesen sei. In den durchsuchten Räumen von Kaplans „Kalifat-Staat“ waren Goldschmuck und Bargeld im Wert von rund 1 Mio. Euro gefunden worden. Über zehn Jahre lang, bis März 1999, wurde demnach die Sozialhilfe zu Unrecht gewährt. Kaplan wurde am 12. Oktober in die Türkei abgeschoben und wartet seither in einer türkischen Haftanstalt auf seinen Hochverratsprozess (vgl. MuB 8/04).

keit seit Mitte November verboten. Sie ist Kleidungsstück, das den ganzen Körper verhüllt und falle daher unter das Vermummungsverbot, so die Begründung. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die Frau-

wobei die konkrete Ausgestaltung in den Händen der Mitgliedsstaaten bleibt.

Der Auftrag, gemeinsame Leitlinien für die Integration von Zu-

wanderern zu entwickeln, stammte zwar bereits aus dem Jahr 2003, hat aber durch den Mord an dem niederländischen Regisseur Theo van Gogh und den darauf folgenden Ausschreitungen neue Aktualität gewonnen (vgl. S. 1).

Von den Zuwanderern wird erwartet, dass sie sich Grundkenntnisse der Sprache, der Geschichte sowie der Institutionen der Aufnahmegesellschaft aneignen. Außerdem müssten die Grundwerte der EU respektiert werden. Kulturelle und religiöse Vielfalt sei erstrebenswert, sie dürfe jedoch nicht gegen die in der EU geltenden Grundwerte verstoßen, etwa bei der Gleichbehandlung der Geschlechter.

Nicht nur die Zuwande-

Elf EU-Grundprinzipien zur Integration von Zuwanderern

1. Einwanderer und Einheimische müssen Beiträge zur Integration leisten
2. Respekt für die Grundwerte der EU
3. Beschäftigung als Schlüsselfaktor
4. Grundkenntnisse der Sprache, Geschichte und Institutionen
5. Ausbau von Bildung und Erziehung für Zuwanderer
6. gleichberechtigter Zugang zu Institutionen u. Dienstleistungen
7. Förderung der Interaktion zwischen Einheimischen und Einwanderern
8. Gewährung von kultureller und religiöser Freiheit, solange Grundwerte respektiert werden
9. Teilnahme am demokratischen Prozess, v.a. auf lokaler Ebene
10. Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in allen relevanten Politikfeldern
11. Entwicklung klarer Ziele, Indikatoren und Evaluationsmechanismen zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik

erfolgreiche Integration liege jedoch in der Beschäftigung. Ohne die Schaffung von und den Zugang zu Arbeitsplätzen sei eine erfolgreiche Integration nicht möglich. Dazu gehöre eben-

so der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Erziehung. Erforderlich sei schließlich auch, dass Zuwanderer an politischen Prozessen teilnehmen. Dies gelte v.a. für die lokale Ebene. Eine ungleiche Behandlung dränge Zuwanderer an den Rand der Gesellschaft.

Die niederländische Einwanderungsministerin und amtierende Ratsvorsitzende Rita Verdonk (Rechtsliberale, VVD) lobte die Ergebnisse der Sitzung: „Das ist ein historischer Schritt hin zu einem gemeinsamen Ansatz bei der Integration.“ Vor der Sitzung war es noch unklar, ob es zu einer Beschlussfassung über die Grundprinzipien kommen würde. Die spanische Regierung wollte die Förderung der Heimatkultur und -sprache der Zuwanderer in die Grundprinzipien aufnehmen lassen, stieß diesbezüglich aber bei der Mehrheit der EU-Staaten auf Ablehnung.

Außerdem beschlossen die Innen- und Justizminister, dass Wissenschaftler aus Drittstaaten zukünftig ohne Arbeitsgenehmigungen in der EU forschen dürfen. Besondere Aufenthaltstitel sollen schnell und unbürokratisch vergeben werden. Dies sei ein Beitrag zu dem Ziel der EU, bis zum Jahr 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region aufzusteigen, so Ratspräsidentin Verdonk. *sta*
Weitere Informationen: <http://www.eu2004.nl>

Belgien/Italien: Verbot für islamische Burka

Belgien und Italien gehen in Zukunft strenger gegen die Verschleierung muslimischer Frauen vor. Bisher handelt es sich jedoch nur um Einzelfälle in bestimmten Städten oder Gemeinden.

In Antwerpen ist das Tragen der Burka in der Öffentlichkeit seit Mitte November verboten. Sie ist Kleidungsstück, das den ganzen Körper verhüllt und falle daher unter das Vermummungsverbot, so die Begründung. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die Frau-

en zunächst nur abgemahnt, im Wiederholungsfall können Geldstrafen verhängt werden. Das Tragen des muslimischen Kopftuchs wird vorerst nicht geahndet.

Auch in Italien gibt es ähnliche Bestrebungen. Mario Borghezio, Europa-Abgeordneter und Spitzenpolitiker von Italiens rechtspopulistischer Lega Nord, beantragte Ende September ein Verbot der Burka. Seiner Ansicht nach stellen sie ein „Todessymbol“ dar. „Wir müssen die Verbreitung der Burkas bekämpfen, die nicht nur die Frauen unterdrücken, sondern auch ein Symbol des Todes sind, wie das Geiseldrama in Beslan bewiesen hat“, sagte Borghezio. In Einzelfällen wurden in Italien bereits Geldstrafen gegen verschleierte Frauen verhängt. *rm*

Hintergrund: Deutschlands geringe Fertilität im internationalen Vergleich

„Migration und Bevölkerung“ berichtete in der letzten Ausgabe (8/04) über die Präsentation des Statistischen Jahrbuchs 2004 und zitierte vergleichend aktuelle Zahlen zur rohen Geburtenrate, die Deutschland an

letzter Stelle innerhalb der EU zeigt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland auch die geringste Fertilität hat.

Die rohe Geburtenrate misst die Zahl der Geburten

innerhalb eines Jahres je 1.000 Personen der Mitteljahresbevölkerung; sie wird in der deutschen Statistik auch als allgemeine Geburtenziffer bezeichnet. Im Jahr 1950 gab es auf dem Gebiet des heutigen Deutschland 1.116.701 Lebendgeburten, das waren 16,3 Lebendgeborene je 1.000 Einwohner (rohe Geburtenrate). Für 2003 meldet das Statistische Bundesamt nur noch 706.721 Lebendgeburten. Die rohe Geburtenrate lag bei 8,6. Diese Verringerung um fast die Hälfte widerspiegelt jedoch nicht nur den Rückgang der Fertilität, sondern

Kurzmeldungen - Europa

Italien: Mehr Zuwanderung gefordert
Der italienische Innenminister Giuseppe Pisanu (Forza Italia) hat sich nachdrücklich für mehr legale Zuwanderung ausgesprochen. Nur wenige Tage nach dem EU-Innenministertreffen in Florenz, das im Oktober ohne Einigung über den Umgang mit illegalen Zuwanderern zu Ende ging, betonte Pisanu, Zuwanderung sei eine Chance für das Aufnahmeland. Davon müssten die Regierenden die Öffentlichkeit überzeugen. Ohne Einwanderung verliere allein Italien in den kommenden zehn Jahren 3,5 Mio. Arbeitskräfte.

Frankreich: Ausschluss vom Unterricht
In Frankreich wurden Ende Oktober erstmals nach der Einführung des Gesetzes zum Verbot auffälliger religiöser Symbole an öffentlichen Schulen mehrere Schülerinnen vom Unterricht ausgeschlossen, weil sie ihr Kopftuch nicht ablegen wollen (vgl. MuB 7/04). Den Schulweisen gingen mehrwöchige Überzeugungsversuche voraus. Bereits in dieser Phase konnten die Schülerinnen nicht am Unterricht teilnehmen. Nach Angaben des Innenministeriums sind derzeit etwa 70 Schülerinnen betroffen. Sie sollen nun an einem Fernunterrichtsprogramm teilnehmen. Eine andere Möglichkeit ist der Besuch einer der wenigen privaten muslimischen oder katholischen Schulen, für die das Gesetz nicht gilt. Einige Eltern, die nahe der belgischen Grenze wohnen, schicken ihre Töchter im Nachbarland zur Schule. Die Religionsgemeinschaft der Sikhs, die ebenfalls von dem Gesetz betroffen ist, hat inzwischen Klage eingereicht.

Großbritannien: Lichtbildausweise ab 2008
In Großbritannien werden ab 2008 Personalausweise mit Lichtbild eingeführt. Für zwei Jahre soll dies auf freiwilliger Basis erfolgen. Danach soll der Ausweis obligatorisch werden. Ausweise dieser Art hatte es in Großbritannien zuletzt während des Zweiten Weltkriegs gegeben. In Friedenszeiten galten sie bis jetzt als Symbol „kontinentaleuropäischer Polizeistaaten“. Der britischen Polizei war es bisher nicht möglich, bei Routinekontrollen die Identität von Personen oder deren Aufenthaltsstatus festzustellen. Die neuen Ausweise sollen helfen, nach 2010 sowohl den Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen als auch irreguläre Zuwanderung zu reduzieren.

auch den gestiegenen Anteil älterer Menschen, die nicht zum Geburtengeschehen beitragen. Diese Kennziffer eignet sich daher wenig zu einem Vergleich über einen längeren Zeitraum oder von Staaten mit unterschiedlicher Altersstruktur.

Zur Messung der Fertilität unabhängig von der Altersstruktur verwendet die Demographie die Gesamfruchtbarkeitsrate bzw. in der deutschen Statistik die zusammengefasste Geburtenziffer (siehe Box).

Wenn Fertilität mit der Gesamfruchtbarkeitsrate gemessen wird, und damit unabhängig von der Altersstruktur, rangiert Deutschland im europäischen Vergleich keineswegs an letzter Stelle. Nach Daten von EUROSTAT hatten 13 der 25 EU-Staaten 2003 eine geringere Fertilität als Deutschland. Darunter sind neue EU-Mitgliedstaaten mit besonders geringer Gesamfruchtbarkeitsrate, wie die Slowakei (1,17), die Tschechische Republik (1,18) oder Slowenien (1,22). Heute haben aber auch Griechenland (1,27), Spanien und Italien (jeweils 1,29) eine geringere Fertilität als Deutschland (1,34). Die Besonderheit Deutschlands im europäischen Vergleich ist eher der

frühe Zeitpunkt des Erreichens geringer Fertilität seit Anfang der 1970er Jahre und die damit schon stärker ausgeprägte demographische Alterung.

Zur Berechnung der zusammengefassten Geburtenziffer werden zunächst die altersspezifischen Geburtenziffern errechnet: die Anzahl der Lebendgeborenen von Müttern eines bestimmten Alters je 1.000 Frauen gleichen Alters. Die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern der Frauen im Alter von 15-49 Jahren ist die zusammengefasste Geburtenziffer. Sie gibt an, wie viele Kinder 1.000 15-jährige Frauen im Laufe ihres Lebens bekämen, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern sich nicht ändern würden. In vielen Ländern wird dieses Maß der Fertilität in Kinder je Frau umgerechnet: dies ist die Gesamfruchtbarkeitsrate (TFR). Für Deutschland wäre die zusammengefasste Geburtenziffer im Jahr 2003 1.340 Kinder je 1.000 Frauen oder die Gesamfruchtbarkeitsrate 1,34 Kinder je Frau.

Effekt könnte auch in einigen ostmittel- und osteuropäischen Transitionsländern eintreten, die heute eine geringere Fertilität als Deutschland haben.

Neben solchen einmaligen Ereignissen kann aber noch ein anderer Effekt die Gesamfruchtbarkeitsrate beeinflussen. Die Demographen Bongarts und Feeney argumentierten, dass die in vielen Ländern zu beobachtende Verschiebung von Geburten auf ein etwas höheres Lebensalter in gewisser Weise auch zu einem ähnlichen Tempoeffekt auf die Gesamfruchtbarkeitsrate führen würde. Sie illustrierten dies u.a. am Beispiel von Taiwan und zeigten auf, dass die um diesen Effekt bereinigte Gesamfruchtbarkeitsrate etwas höher lag. Auch für Vergleiche innerhalb der EU kann dieser Faktor eine Rolle spielen, allerdings eher in sehr geringem Ausmaß.

Vergleiche der Fertilität induzieren die Frage nach den komplexen Ursachen für die bestehenden Unterschiede. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder der Kinderwunsch mit der tatsächlich erreichten Fertilität verglichen. Bis vor einigen Jahren war der Kinderwunsch in Deutschland deutlich höher als die tatsächliche Kinderzahl. Nach einer EUROBAROMETER-Umfrage für 1999/2000 muss dieses Bild jedoch zumindest punktuell korrigiert werden. Bei 18-39-jährigen Frauen in Deutschland lag die gewünschte Kinderzahl bei 1,52, bei Männern noch deutlich darunter. Die Lücke zwischen gewünschter und tatsächlicher Kinderzahl ist damit geringer als lange angenommen. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der gewünschten Kinderzahl deutlich weiter hinten als bei der realen Kinderzahl. Nur in Österreich, Litauen und Italien hatten Frauen einen noch geringeren Kinderwunsch. Offenbar hat sich in den letzten drei Jahrzehnten anhaltend geringer Fertilität in Deutschland der Kinderwunsch der realen Fertilität wesentlich angenähert. Prof. Ralf E. Ulrich, Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung, Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld

Literatur / Veranstaltungen

Einwanderungsland Spanien
Das auf einer Dissertation am Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und In-

terkulturelle Studien (IMIS) basierende Buch „Einwanderungsland Spanien“ von Axel Krienbrink analysiert die Entwicklung der spanischen Migrationspolitik in den 1980er und 90er Jahren. Krienbrink untersucht,

Kurzmeldungen - Welt

USA: Asyl für Deutsch-Afghanen

Auf scharfe Kritik im deutschen Innenministerium ist das Urteil eines Berufungsgerichts in Pasadena (Kalifornien) gestoßen, einem deutsch-afghanischen Ehepaar Asyl in den USA zu gewähren. Das aus Afghanistan stammende Paar lebte 17 Jahre in Deutschland. 1996 wanderte das Ehepaar Mashiri in die USA aus und bat dort 1998 um Asyl, da sie sich in Deutschland ständigen fremdenfeindlichen Beschimpfungen und Attacken ausgesetzt sahen. Nachdem das Asylgesuch abgelehnt wurde, gab das Berufungsgericht den Mashiris Recht und bezeichnete die deutsche Bundesregierung als „unwillig oder unfähig, die fremdenfeindliche Gewalt zu bekämpfen“.

Das Innenministerium bezeichnete die Darstellung der Verhältnisse in Deutschland im Urteil als „völlig verzerrt“. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) forderte von seinem US-amerikanischen Amtskollegen John Ashcroft (Republikaner), dass das Urteil keinen Bestand haben dürfe.

USA: Neue Visa für hoch Qualifizierte

Für das Haushaltsjahr 2005 (1.10.2004 - 30.9.2005) betrug die Zahl der temporären Arbeitsvisa für Fachkräfte in der Informationstechnologie (H-1B) 65.000. Das Jahresskontingent wurde bereits am Tag nach Beginn des Fiskaljahrs ausgeschöpft (vgl. MuB 8/04). Nun beschloss der Kongress ein zusätzliches Kontingent von 20.000 temporären Arbeitsvisa für ausländische Absolventen von US-Universitäten. Auch dieses Kontingent dürfte sehr schnell ausgeschöpft sein.

China: Tianjin will deutsche Fachkräfte

Ende Oktober warb die chinesische Hafenstadt Tianjin in der Berliner Industrie- und Handelskammer um deutsche Fachkräfte und chinesische Auslandsstudenten. Aufgrund der extrem schnell wachsenden Wirtschaft kommt es in China in bestimmten Bereichen zu einem Mangel an Fachkräften. Zudem steht die Zehn-Millionen-Stadt mit anderen chinesischen Metropolen im harten Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte. Rund 50 westliche Fachleute in den Bereichen Auto-Design, Mikrobiologie, Nano-Technik und Windkraft sollen künftig in Tianjin arbeiten. Problematisch gestaltet sich die Frage der Bezahlung, da das Lohnniveau in China deutlich niedriger ist als in Deutschland. Die Rekrutierungsreise führte die Vertreter aus Tianjin auch nach London und Paris.

welche innen-, außen- und europapolitischen Faktoren die spanische Migrationspolitik beeinflussten und welche gesetzlichen Regelungen daraus resultierten. Dabei bettet der Autor die Migrationspolitik in historische Entwicklungslinien ein. Ein Schwerpunkt des Buches liegt auf dem Spannungsverhältnis zwischen nationalen Interessen und den Erfordernissen der EU.

Zunächst jedoch zeichnet Kreienbrink die Entwicklung Spaniens von einem traditionellen Auswanderungsland zu einem Einwanderungsland nach. Dabei spielen v.a. die Beziehungen zwischen Spanien und Lateinamerika eine große Rolle. Diesem historischen Exkurs folgt eine tiefgehende und umfangreiche Darstellung der Entwicklung des spanischen Ausländerrechts und der migrationspolitischen Maßnahmen in den 1980er und 90er Jahren. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf den Einfluss der EG bzw. EU bei der Formulierung nationalstaatlicher Migrationspolitik gelegt.

Im Kapitel zur Migrationspolitik in den 1990er Jahren geht Kreienbrink u.a. auf die Politikfelder der Visapolitik, der Grenzkontrolle, der Regularisierungsprogramme, der Asylpolitik sowie der Integration von Ausländern ein. *sta*

Axel Kreienbrink: **Einwanderungsland Spanien - Migrationspolitik zwischen Europäisierung und nationalen Interessen**. 2004, Frankfurt/M., 512 S. ISBN: 3-88939-735-2, Preis: 29,90 Euro, Bestellung: <http://www.iko-verlag.de>

Unsichtbare Mauern der Festung Europa

Irreguläre Migranten kreuzen das Mittelmeer zwischen Eu-

ropa und Afrika auf immer gefährlicheren Routen. Sie versuchen so, High-Tech-Überwachungsanlagen wie die an der Meeresecke von Gibraltar zu umgehen. Diesem Thema widmet sich der Artikel unter:

http://www.quantara.de/webcom/show_article.php/_c-468/_nr-172/i.html

Franz Nuscheler: **Internationale Migration. Flucht und Asyl**. 2. Auflage, 2004, Wiesbaden. ISBN 3-8100-3757-5, Preis: 24,90 Euro, Bestellung: <http://www.vs-verlag.de>

Wolfgang Gieler und Dietmar Fricke: **Handbuch Europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder und die Beitrittskandidaten**. 2004, Münster. ISBN 3-8258-7509-1, Preis: 29,90 Euro, Bestellung: <http://www.lit-verlag.de>

Norbert Brieskorn, Walter Lesch, Ludger Pries und Annette Treibel (Hrsg.): **Grenzenloses „Recht auf Freizügigkeit“? Weltweite Mobilität zwischen Freiheit und Zwang**. 2004, Stuttgart. ISBN 3-17-018293-5, Preis: 25 Euro, Bestellung: <http://www.kohlhammer.de>

Eibe Riedel (Hrsg.): **Neuere Entwicklungen im Einwanderungs- und Asylrecht. Verfassungs-, Völker- und Europarechtliche Aspekte**, 2004, Baden-Baden. ISBN 3-8329-0868-4, Preis 44,- Euro, Bestellung: <http://www.nomos.de>

Margit Fröhlich, Felix Haag, Helga Nagel, Andrea Rinnert, Cornelia Spohn und Manfred Wittmeier (Hrsg.): **Interkulturalität in europäischer Perspektive. Jugendliche aus Migrationsfamilien und ihre Integrationschancen**. 2004, Frankfurt/M., 176 S., Arnoldsheimer Interkulturelle Diskurse 5. ISBN 3-86099-326-7, Preis: 19,90 Euro, Bestellung: <http://www.brandes-apsel-verlag.de>

Andreas Treichler und Norbert Cyrus (Hrsg.): **Handbuch der Sozialen Arbeit in der Einwanderungsgesellschaft**. 2004, Frankfurt/M., Wissen und Praxis 20. ISBN 3-86099-320-8, Preis: 34 Euro, Bestellung: <http://www.brandes-apsel-verlag.de>

Tagung

Titel: „Muslime in Deutschland: Wege zur Beteiligung“. Auftaktveranstaltung der Muslimischen Akademie in Deutschland

Datum: 15. Dezember 2004

Ort: Berlin, Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin

Internet: <http://www.muslimische-akademie.de/6550/6604.html>

Anmeldung erforderlich! Werkstatt der Kulturen, Muslimische Akademie in Deutschland, Wissmannstr. 32, 12049 Berlin, E-Mail: spielhaus@asa.hu-berlin.de, Fax: (030) 60 97 70-13

ropa und Afrika auf immer gefährlicheren Routen. Sie

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e.V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, Tel.: +49 30 456 3173, Fax: +49 30 92400 996, E-Mail: MuB@network-migration.org; MuB@hwwa.de; ISSN: 1435-7194

Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

Redaktion: Antje Scheidler (verantwortl.), Stefan Alscher, Marcus Engler, Gunnar Geyer (HWWA), Rainer Münz, Veyssel Özcan, Jan Schneider (i.A. der bpb), Christoph Wöhrle

Bestellung: www.migration-info.de/kontakt oder hwwa@hwwa.de
Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWA wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Um die Übersendung von Belegexemplaren wird gebeten.

Weitere Online-Ressourcen: www.network-migration.org, www.bpb.de, www.migration-research.org

Dieser Newsletter und alle bisher erschienenen Artikel sind online verfügbar unter: www.migration-info.de